Belegexemplar

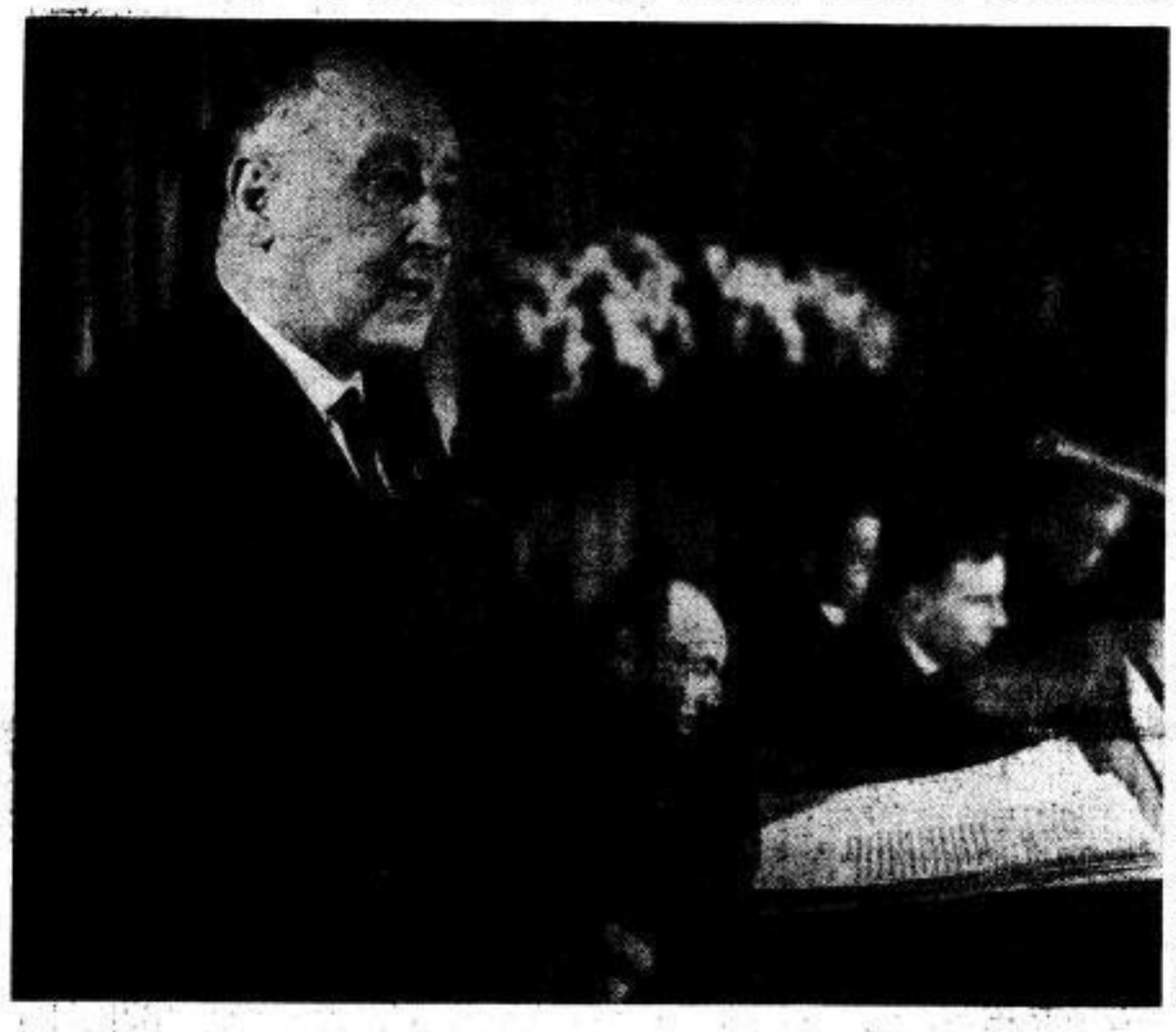
Die große Aussprache über den Freundschaftsvertrag hat begonnen!

UZ
Unsere Zeitung
Nr. 13 / 1964 33 602 1. Juliausgabe Preis 15 Pf

Senat beschloß Ingenieurpraktikum

Der Senat der TU beriet in seiner Sitzung vom 27. Juni 1964 ausführlich den Stand der Umgestaltung des Studiums unter besonderer Berücksichtigung der Einführung eines längeren Ingenieurpraktikums.
Dem Senat lag der Bericht einer Kommission der Dekane der technischen Fakultäten unter Vorsitz von Herrn Professor Pommerer vor.
Der Senat bestätigte den Bericht und die in ihm enthaltenen Vorschläge. Demgemäß ist ein halbjähriges Ingenieurpraktikum an Stelle des 8. Semesters für die in Frage kommenden Fakultäten Bauwesen, Maschinenwesen, Technologie, Elektrotechnik und Ingenieurökonomie die zweckmäßigste Lösung.
Dieser Vorschlag wird für die geeignetste Grundlage zur Arbeit der Fakultäten und Fachrichtungen an neuen, den Forderungen des Konzils und des Senats entsprechenden Studienplänen gehalten.
Mit der Ausarbeitung der endgültigen und der Übergangsstudienpläne muß umgehend begonnen werden, um die allgemeine Einführung des Ingenieurpraktikums im Frühjahrssemester 1966 zu sichern.
Der Senat verpflichtete die Dekane der technischen Fakultäten zur Aufstellung neuer Studienpläne und durchführbarer Übergangspläne bis zum Ende des Frühjahrssemesters 1965 und zur Zwischenberichterstattung vor dem Senat Ende 1964. Damit werden auch die Voraussetzungen für die Einführung eines völlig neuen Studienablaufes ab Herbstsemester 1966 geschaffen.
Die teilweise Voreinführung des Ingenieurpraktikums durch einige Fachrichtungen soll uns helfen, weitere Erfahrungen zu sammeln und das Zusammenwirken zwischen Universität und Industrie bei der Durchführung dieser Aufgabe systematisch zu vertiefen.
Zur Koordinierung und Kontrolle der Arbeiten wurde eine Senatskommission unter Leitung des Prorektors für Studienangelegenheiten eingesetzt, die dem Rektor regelmäßig berichten wird.

DER FRIEDEN IST DIE SICHERE PERSPEKTIVE DEUTSCHLANDS!



Genosse Professor Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, sprach vor dem Lehrkörper der Technischen Universität:

(„UZ") Wenige Tage vor der aufsehenerregenden, internationalen Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front in Berlin, die gegen die massive Verletzung des international geltenden Rechts mit der Wahl des mit seiner Vergangenheit schwer belasteten Bundespräsidenten Lübke protestierte, weilte Genosse Professor Norden an der TU.

In einem Kolloquium, welches auf Einladung der Universitätsleitung stattfand, hatten die Mitglieder des Lehrkörpers Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über aktuelle politische Fragen.

Genosse Professor Norden begründete einleitend das Wesen der nationalen Politik unserer Partei und Regierung in einem interessanten Vortrag. Im Verlauf seiner Ausführungen gab er eine überzeugende Begründung für die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Auffassung, daß die nationale Frage in Deutschland mehr denn je „eine soziale Machtfrage ist, weil das Monopolkapital Westdeutschland vom nationalen Ganzen getrennt und inzwischen die Spaltung vertieft hat, weil die Revanchisten in und ohne Uniform, zu denen die wichtigsten Trusts gehören, für die Wiederherstellung des alten Hitlerschen Reiches und seiner Grenzen konspirieren und darum die Wiedervereinigung nur in Form der Annexion durchführen wollen. Darum ist, solange sie herrschen, an eine demokratische friedliche Wiedervereinigung nicht zu denken."

Der Redner bewies diese Schlußfolgerung durch eine gründliche Analyse der wichtigsten Prozesse in der bundesdeutschen Gesellschaft. Ein Bruchteil, nämlich 150 000 Mitglieder der Finanzoligarchie (das sind 0,02 Prozent), beherrschen direkt und indirekt die Bundesrepublik vermöge ihrer politischen und ökonomischen Machtstellung. Die Politik der Spannung, der atomaren Aufrüstung und Aggression, die als offizieller Kurs der Bundesrepublik gilt, ist in der Situation begründet. Diese Kreise versuchen, die Ergebnisse der weltgeschichtlichen Entwicklung nach 1945 zu revidieren. In diesem Zusammenhange zeigte Genosse Professor Norden das Wesen der antinationalen Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands. Diese Politik zeichnet sich von jeher durch eine falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses aus. Diese Politik ist auf historisch völlig überholte Bedingungen zugeschnitten, die ebenfalls in zwei Weltkriegen bankrott wurden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Magnifizenz Prof. Dr. Dr. h. c. Schwabe vor den Parteisekretären der TU:

Gemeinsame Interessen - gemeinsame Anstrengungen - dauerhafte Freundschaft

„Für den Rektor der TU war es eine ungewöhnliche Auszeichnung, an dieser Reise teilnehmen zu dürfen." So leitete Magnifizenz den Bericht aus der Fülle der Anregungen und Lehren der „Reise der Freundschaft" ein, der wichtige Schlußfolgerungen für die Arbeit und Ausbildung, Lehre und Forschung vermittelte und das ungeteilte Interesse der Sekretäre der Fakultäten und der Abteilungsparteiorganisationen aller Universitätsbereiche fand. Professor Schwabe legte, ausgehend von der Zielsetzung der Zusammenarbeit im Sinne des Freundschaftsvertrages, die großen Verpflichtungen dar, die sich für die Universitätsangehörigen ergeben.

„Echte dauerhafte Freundschaft beruht auf der Gemeinsamkeit der Interessen und gemeinsamen Anstrengungen."

Von diesem Grundsatz her entwarf er ein plastisches Bild der unerschöpflichen Ressourcen und Möglichkeiten unseres Vertragspartners und gab viele typische Beispiele für den großen Enthusiasmus der jungen Erbauer der materiell-technischen Basis des Kommunismus. Die Anstrengungen der Sowjetmenschen haben zu einem gewaltigen Industriepotential, zu modernen Städten und entwickelten wissenschaftlichen Zentren geführt.

Magnifizenz sprach mit den sowjetischen Kollegen vor allem über die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern der verschiedensten Zweige sowie über Probleme der Ausbildung im Hinblick auf die perspektivische Entwicklung in den Wissenschaften selbst.

„Bei der hohen Komplexität der Wissenschaftsprobleme – z. B. bei der Lösung einer solchen Aufgabe wie der Kernfusion –; mußte ja auch die komplexe Zusammenarbeit viele interessante Aufschlüsse vermitteln, die generelle Bedeutung haben ... Hier gibt jeder sein Bestes und das Bestreben, eine ‚eigene Suppe zu kochen', sei nicht zu bemerken" gewesen, sagte Prof. Schwabe.

Das Problem der wissenschaftlichen Schwerpunktbildung ist ja nicht so zu verstehen, daß alle möglichen Randgebiete einfach vernachlässigt werden. Das müßte den Schwerpunkt selbst gefährden. In der Stadt der Wissenschaft sei diese schwierige Aufgabe offenbar bewältigt worden, wovon die Ergebnisse zeugen.

Der Direktor der Stadt der Wissenschaft hat dazu erklärt, daß die Bildung von Wissenschaftlerkollektiven natürlich die Berücksichtigung einer kritischen Größe einschließt. Die optimale Größe ist das Problem. Es sei natürlich so, daß ein Professor der Biologie z. B. eben nur Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, wenn seine Arbeit dem gemeinsamen Ziele sinnvoll zugeordnet ist.

Magnifizenz lobte auch die Ökonomie an der sparsamen Nutzung der Institutsräumlichkeiten, die in vielem für uns als Vorbild gelten dürfe.

Im Sozialismus sei es jedem Menschen möglich, seine natürlichen Begabungen zu entwickeln. Das tun die jungen Menschen mit großer Hingabe. Auf die möglichst frühzeitige Entfaltung der Begabungen und Fähigkeiten wird in der Sowjetunion besonders geachtet. Der Rektor sagte, es scheine ihm sehr wichtig, daß das unter unseren Bedingungen um so mehr geschehen müsse.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Genosse Harry Meißner, 1. Sekretär der UPL, vor den Vertrauensleuten der TU:

Es geht jetzt um optimale Pläne für 1965

„Es wird in der Tat an der Universität oft die Frage gestellt, worin denn das Neue dieser Dokumente über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit besteht. Das Neue, das kommt eben gerade darin zum Ausdruck, daß auf vielfältige und neue Weise die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und uns auf allen Gebieten auf ein höheres Niveau gehoben wurden.

Die ökonomischen Vereinbarungen, die getroffen sind, übertreffen alles, was es bisher an ökonomischen Abmachungen zwischen uns gegeben hat. Das betrifft die Fragen der Zusammenarbeit im RGW, die Lieferung von Rohstoffen, Ausrüstungen, Brennstoffen, Materialien u. a., das betrifft die Hilfe bei der Erweiterung der Metallurgie, der Energie und anderer Zweige der Volkswirtschaft. Das betrifft geologische Erkundungen in der Deutschen Demokratischen Republik, den Austausch und den Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen und wissenschaftlichen Information in größerem Maßstab, das betrifft die Festigung der Zusammenarbeit solcher Institutionen, wie beispielsweise der Technischen Universität und der Polytechnischen Hochschule in Leningrad, das betrifft die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1966 bis 1970, das betrifft die Festlegung des Handelsumfanges auf 11,2 Milliarden Mark, das betrifft die Lieferung von mehr als 100 Anlagen für die chemische Industrie an die Sowjetunion, das betrifft Hilfe bei der Erweiterung der Produktionskapazitäten unseres Eisenhüttenkombinats Ost und beim Bau von zwei großen Wärmekraftwerken in der Deutschen Demokratischen Republik u. a. m. Deshalb brauchen wir optimale Pläne für das Jahr 1965, brauchen wir Weltbeststand in der Lehre und in der Forschung der Technischen Universität, als wichtigen Beitrag zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Ausarbeitung der Institutsarbeitsprogramme 1965 hat größte Bedeutung. Dabei ist die Frage der Orientierung auf Schwerpunkte für uns eine entscheidende Frage. Gegenwärtig steht es an der Technischen Universität so aus, daß ohne Berücksichtigung der Grundlagendisziplin mit etwa einem Drittel aller TU-Mitarbeiter und mit etwa 50 Prozent der finanziellen Mittel Probleme, Schwerpunkte der führenden Zweige der Volkswirtschaft bearbeitet werden. 32,3 Prozent aller Forschungsthemen, vorwiegend zentrale Themen, werden in diesen Schwerpunkten bearbeitet und 33,7 Prozent aller TU-Absolventen erhalten dort ihr Diplom. Das ist, wenn man die Vielgestaltigkeit der TU nimmt, auf den ersten Anblick keine schlechte Rechnung. Aber angesichts der großen Erfordernisse, die sich aus den neuen ökonomischen Vereinbarungen mit der Sowjetunion ergeben, heißt das, noch wie vor dafür Sorge zu tragen, daß sich die Arbeit der Forschungsausschüsse an den Fakultäten weiter aktivjert, daß die Methoden der gemeinsamen Beratung von Funktionären der gesellschaftlichen Organisation mit den Wissenschaftlern an den Fakultäten über diese Probleme weitergeführt werden, daß unbedingt die Schwerpunktforschungsthemen vor dem Forschungsausschuß verteidigt werden bzw. die Planverteidigung an den Instituten vorgenommen wird und unter Beteiligung der Professoren der jeweiligen Fachrichtungen, die neuen, in den Plan aufzunehmenden Themen vor den Forschungsausschüssen begründet werden. Wir haben als TU dazu beizutragen, unsere Kräfte und Mittel in der Deutschen Demokratischen Republik auf jene Aufgaben zu lenken, die uns schnell die größte Kraft verleihen, die unseren Platz im internationalen Rahmen angemessen sind, die die Deutsche Demokratische Republik mehr und mehr zu einem angesehenen, sich entwickelnden Partner in dem Kampf um die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz machen.

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden
http://digital.slub-dresden.de/id250664135-19640000/75